

Preistreiberei geht weiter

Die Energiekonzerne geben Gas in der Preisentwicklung: Die Benzinpreise an den Tankstellen steigen wöchentlich auf neue Höchstmarken. Und nun erwartet auch Gaskunden die dritte Preiserhöhung in diesem Jahr. Jetzt wird eine Verteuerung von bis zu 25 Prozent erwartet, im Herbst eine weitere.

In den vergangenen Jahren haben die Energiekonzerne die Erhöhung der Benzinpreise mit den abenteuerlichsten Begründungen gerechtfertigt: mal stieg, mal fiel der Dollarkurs, mal waren Feiertage, Ferien oder Wochenende im Anzug. Dann musste der raffgierige Ölscheich als Preistreiber her, später der Chinese. Aktuell wächst jedoch die Erkenntnis, dass sich die Spritkonzerne und Finanzhaie ihrem Eigentum durchaus verpflichtet sehen und ihren Gewinn mit den steigenden Preisen in bisher kaum vorstellbare Dimensionen explodieren lassen.

Da möchten die Gaskonzerne auch nicht abseits stehen. Zum Beispiel Eon/Ruhrgas. Das Jahresergebnis vor Ergebnisabführung stieg von 1211 Mio. Euro im Jahr 2006 auf 2305 Mio Euro im Jahr 2007. Die Beschäftigten mussten im gleichen Zeitraum Einkommensverluste von fast 200 Mio Euro hinnehmen. Um 25 Prozent will der Konzern nun die Preise anziehen. Das Ende der Fahnenstange ist noch lange nicht erreicht. Durch die Koppelung der Gas- an die explodierenden Ölpreise gehen Experten von

weiteren, drastischen Erhöhungen aus.

Die Zukunftsvisionen der Herrschenden nehmen Gestalt an: Freie Fahrt für freie Bürger, den „Leistungsträgern“ des Kapitals wird zukünftig lästige Konkurrenz auf den Autobahnen erspart bleiben. Aus: UZ, Zeitung der DKP

Armut und Reichtum nehmen zu

Wer hat, dem wird gegeben, wer wenig hat, dem wird genommen. Dass diese alte Weisheit leider heute immer noch gilt, wird durch den neuen Armuts- und Reichtumsbericht bestätigt. Der aktuelle Bericht bezieht sich auf die Jahre, in denen die SPD den Kanzler stellte bzw. in Regierungsverantwortung war. Insofern ist dieser Bericht auch ein Armutszeugnis für SPD und Grüne. Laut dem Armutsbericht ist inzwischen jeder vierte Deutsche arm oder er muss durch staatliche Leistungen vor Armut bewahrt werden. 13% der Bundesbürger gelten laut dem Bericht als arm, ebenso viele würden durch Sozialtransfers wie Kindergeld oder Arbeitslosengeld II vor dem Abrutschen in Armut bewahrt. Im Gegenzug seien die Einkünfte der Reichen weiter gewachsen. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Das sind bittere Fakten der Klassengesellschaft in Deutschland.

Krieg für Rohstoffe

Die CDU/CSU hat ihr Konzept „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ verabschiedet. Es geht um eine Neuorientierung der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik nach außen wie innen.

Einige der darin enthaltenen Punkte, so die Installierung eines Nationalen Sicherheitsrates, wurden in der Öffentlichkeit äußerst kontrovers debattiert. Obwohl diese Form der Militarisierung der Innen- und Außenpolitik schon zu rot-grünen Regierungszeiten vorangetrieben wurde, stellt die Union nun Forderungen mit besonderer Schärfe. Unverblümt heißt es in dem Fraktionspapier: „Die Verfolgung unserer Interessen und strategischen Ziele erfordert ein aktives, frühzeitiges, rasches, kohärentes und wenn nötig robustes Handeln. Das gilt für alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente und Fähigkeiten zur Krisenbewältigung und Konfliktverhütung, die besser miteinander vernetzt werden müssen.“

Dazu gehört, dass deutsche Soldaten fernab unserer Grenzen die von Deutschland benötigte Rohstoffzufuhr sichern. Zitat: „Die Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen.“ Knallhart wird damit das völkerrechtlich verbindliche alleinige Legitimationsrecht der Vereinten Nationen zum Einsatz militärischer Gewalt infrage gestellt. Das ist die CDU. Auf Kriegsfuß mit der Verfassung.

Linke unter Beobachtung - aber braunes Gedankengut in der CDU geduldet

Das Bundesamt für Verfassungsschutz, einer der deutschen Geheimdienste, beobachtet seit seines Bestehens, überwiegend linke Kräfte in unserem Lande und ist auf dem rechten Auge oft blind. Überall dort, wo kritische Worte gegen das ungerechte, Armut und Kriege erzeugende, bestehenden Gesellschaftssystem geäußert werden, zücken die sogenannten Verfassungsschützer den Bleistift. So war es schon, als man in der BRD unter dem CDU-Kanzler Adenauer 1951 die FDJ und 1956 die KPD verbot.

Damit war es möglich, linke Kräfte, solche, die gerade erst Hitlers KZ-Lager überlebt hatten, zu verfolgen. Auch in unserer Stadt wurden damals ehemalige Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, aber auch Jugendliche, die keine neue Wehrmacht wollten, erneut verfolgt, verhört und bei ihrem Arbeitgeber angeschwärzt. Schon in den Anfangsjahren der BRD waren ehemalige Nazigrößen, wie Globke, Kiesinger, Filbinger und Strauß u. a. CDU-Minister-, -Kanzler und -Ministerpräsident. Bis heute hat die Bundesregierung es versäumt, den braunen Sumpf trocken zu legen. Ein Verbotsurteil gegen die, den Holocaust verleugnende, Ausländerhatz betreibende NPD ist angeblich nicht möglich. Doch erst dieser Tage gab der hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) bekannt, dass außer der DKP und anderer linker Gruppen, auch die Partei Die Linke weiterhin unter Beobachtung stehen.

Bei ihren eigenen Parteifreunden nimmt es die CDU nicht so wörtlich. Oder sprechen sie das aus, was in der Parteispitze insgeheim gedacht oder schon, wenn das Volk einmal aufbegehrt, geplant ist? Wir erinnern uns noch alle an den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann und seine Hetze gegen Juden, Linke und Hartz-IV-Empfänger aber auch an seine Verharmlosung der Hitler-Verbrechen und wir wissen wie lange es gedauert hat, bis die CDU ihn ausschloss. In jüngster

Vergangenheit ereigneten sich noch andere Fälle. Da marschierten CDU-Mitglieder in NPD-Demonstrationen mit und da sollte der Landtagsabgeordneter der CDU, Peter Krause, der in rechtsextremen Zeitungen Artikel verfasste und Worte gebraucht, die zu Brandfackeln werden, Kultusminister in Thüringen werden. Vieles wäre da noch aufzuzählen, und noch einige beim Namen zu nennen.

Auch solche, die erst in jüngster Zeit, sich in menschenverachtender Weise hervortaten. Z. B. den ehemaligen Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Missfelder, der vorschlug, an alten Menschen in Deutschland keine Operationen mehr vorzunehmen. Oder den Vorsitzenden des CDU-Studentenverbandes RCDS, Gottfried Ludwig, der in der Talkshow der ARD meinte, unser Wahlrecht müsse geändert werden. Danach sollten Leistungsträgern doppeltes und Rentnern sowie Arbeitslosen nur noch halbes Wahlrecht zugestanden werden. Aber auch den stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union, der schrieb: „Nach Frankreich fahr ich nur in Ketten“ und „Krieg ist Scheiße, aber der Sound ist geil“. Hier hätte der Verfassungsschutz allen Grund, Leute ins Visier zu nehmen.

Heinz Hechler

Stolpersteine für Antifaschisten

Mehrfach wurden wir in den letzten Wochen auf die Stolpersteine angesprochen, die in der Stadt für die in der Nazizeit verfolgten und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger gesetzt wurden. Die meisten Fragen gingen dahin, wieso nicht auch andere Opfergruppen in diese Aktion einbezogen werden sollen, wie z.B. die Kommunisten, die in der Nazizeit politisch Verfolgte waren. Wir gehen davon aus, dass diese Frage keinen „antisemitischen“ Hintergrund hat, wie manchervorschnell urteilen könnte. Deutlich wurde nämlich: „Im Volk“ wird die Ursache für die Beschränkung auf die jüdischen Opfer darin gesehen, dass CDU und SPD fürchten, andernfalls kämen in unserer Stadt zu viele Kommunisten „zu Ehren“. Offensichtlich ein nahezu unerträglicher Gedanke für diese Parteien. Die DKP/LL-Fraktion hatte sich für eine umfassende Würdigung aller Naziopfer in unserer Stadt stark gemacht, fand damit aber im Stadtparlament keine Mehrheit. Wir kommen bei nächster Gelegenheit darauf zurück.

GS

blickpunkt

Wir freuen uns auf Leserbriefe.

Zusatzschild am Allendeplatz

„Aus Anlass des 100. Geburtstags von Salvador Allende am 26.7.2008 wird am Allendeplatz in Mörfelden ein Zusatzschild mit den Lebensdaten und einer Würdigung des am 11.9.1973 von putschenden Militärs ermordeten Sozialisten und Staatspräsidenten Chiles angebracht.“

Diesen Antrag der DKP/LL-Fraktion beschloss das Stadtparlament in der April-Sitzung gegen die Stimmen von CDU und FDP. Für seine differenzierte Betrachtung „der chaotischen Zeit in Chile unter Allende“, bekam SPD-Sprecher Müller den Beifall der CDU. Müllers Rede war alles andere als eine Würdigung des sozialistischen Präsidenten Chiles, sondern die angestrebte Bemühung „deutlich zu machen, dass sich die SPD von denen unterscheidet, die unbeirrbar an kommunistischer Ideologie festhalten“, wie er betonte. Man muss sich wundern, dass die SPD-Fraktion trotzdem dem Antrag zustimmte. Es wurde allerdings mehr als deutlich, dass dahinter keinerlei politische Überzeugung mehr steht. Schade eigentlich.

GS

Alle Azubis übernehmen

Vor der Kreistagssitzung am 5. Mai 2008 haben Auszubildende und Vertrauensleute der Kreisverwaltung mit einer eindrucksvollen Aktion darauf aufmerksam gemacht, dass 9 Auszubildende, die im Juni ihre Ausbildung beenden, nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden sollen. Die Linke.OL hat sich in Schreiben an den Personalrat, die Jugend- und Auszubildendenvertretung und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute mit der Forderung nach Übernahme in ein Arbeitsverhältnis solidarisch erklärt und den Kreisausschuss und den Landrat aufgefordert, sich dahingehend zu erklären. Für die Junisitzung hat DIE LINKE.OL einen entsprechenden Antrag an den Kreistag gestellt.

Gentechnik-freie Zone

Die Linke.Offene Liste im Kreistag Groß-Gerau hatte für die „Aktuelle Stunde“ das Thema „Wird der Kreis Groß-Gerau „Gentechnik-freie Zone?“ vorgeschlagen.

Gerd Schulmeyer, Vorsitzender der Kreistagsfraktion, sagte u.a.: Es gibt einen Beschluss des Kreistags gegen den Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut im Kreis Groß-Gerau. Wir finden das gut. Wir halten dem Landrat zugute, dass er in der aktuellen Situation auf Grundlage dieses Beschlusses die UNI Giessen gebeten hat, auf die Aussaat von MON 810 auf dem Versuchsfeld bei Groß-Gerau zu verzichten, nachdem dies

schon für alle anderen Versuchsfelder in Hessen erklärt worden war. Wir sind sicher: Die Aussaat in Groß-Gerau wäre erfolgt, wenn nicht Gegner der Gentechnik die Fläche besetzt und die Ausbringung des Saatguts verhindert hätten. Ziviler Ungehorsam vor Ort hat den Ausschlag gegeben, die „Besetzer“ machten auf das Anliegen „Gentechnik freie Zone“ aufmerksam und erfuhren viel Zustimmung. Unsere Kreistagsfraktion hat sich mit der Aktion solidarisch erklärt, wir waren mehrmals an Ort und Stelle und wir danken den Aktivistinnen ausdrücklich für ihren erfolgreichen Einsatz. Aufgrund der Besetzung musste die Uni Gießen erklären, dass in diesem Jahr keine Versuche stattfinden. Für die Zukunft wurden keine Aussagen getroffen. Gegen die Gentechnik-Gegner wurde - wie es hieß - Strafanzeige erstattet. Jeder Jubel, ist verfrüht. Was hier erreicht wurde, ist bestenfalls ein Etappensieg. Wir haben allen Grund, bei dem Thema nicht nachzulassen. Genetisch veränderte Lebensmittel sind sicher ein gutes Geschäft. Ob sie auch gut für die Menschen sind, bleibt fraglich. Einige Länder der EU haben die Aussaat von MON 810 bisher nicht genehmigt, weil die Unbedenklichkeit nicht ausreichend nachgewiesen ist. Die Auseinandersetzungen werden auch in unserem Land weitergehen. Die Signale aus dem Kreis Groß-Gerau sind deshalb wichtig. Sorgen wir weiter dafür, dass unser Landkreis - zumindest hinsichtlich der MON 810-Aussaat - „Gentechnik freie Zone“ bleibt. DIE LINKE.Offene Liste-Kreistagsfraktion hat den Landrat aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Besetzer des Versuchsfelds nicht strafrechtlich verfolgt werden. Eine dahingehende Zusage gibt es nicht.

Weitere Informationen über die Arbeit der linken Kreistagsfraktion bei:

Gerd Schulmeyer
Wolfsgartenstraße 2
64546 Mörfelden-Walldorf
Telefon 06105/23366

**Immer dran denken:
Der „blickpunkt“
freut sich
auf Leserbrief!**

Linker Ratschlag

Mehrere Projekte wollen die Linken im Kreis Groß-Gerau in den nächsten Monaten anpacken. Das haben DIE LINKE, die DKP, Die Linke/Liste Solidarität Rüsselsheim und andere Linke beim ersten „Linken Ratschlag“ am 17. Mai im Kulturcafé Groß-Gerau vereinbart. In Arbeitsgruppen wurden konkrete Ziele linker Politik im Kreis abgestimmt. Es sollen Eckpunkte für ein regionales Bildungskonzept zusammen mit Lehrern, Schülern und Eltern erarbeitet werden, das der Kreistagsfraktion als Grundlage für schulpolitische Initiativen dienen soll. Ein weiterer Schwerpunkt soll „Armut und Reichtum im Kreis Groß-Gerau“ werden. Neben einem Armutsbericht sind Aktionen gegen die „Obszönität des Reichtums“ geplant.

Ein drittes Projekt trägt den Titel „Marx lesen.“ Die Schriften von Karl Marx sowie zeitgenössischer Philosophen zu Kapitalismuskritik, Ökonomie, Mensch und Natur, sowie Individuum und Gesellschaft sollen in mehreren Veranstaltungen präsentiert werden. Ziel ist die intensivere Beschäftigung mit theoretischen und wissenschaftlichen Positionen, um beispielsweise die Kritik der Linken an den Ausbauplänen des Frankfurter Flughafens grundsätzlicher und fundierter zu machen.

Treffen könnte sich dieser Lesekreis künftig im soziokulturellen Kommunikationszentrum, das die Linken zusammen mit anderen Organisationen in Groß-Gerau einrichten wollen. Vorbild sind das Freiwerk in Rüsselsheim und der Kulturbahnhof in Mörfelden. Doch bevor ein geeignetes Objekt gesucht wird, soll zunächst ein Konzept ausgearbeitet werden. Die Projekte sind Ergebnis einer Zukunftswerkstatt. Auf eine Kritikphase, in der die etwa 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Reihen der Linken, der DKP, der Liste Solidarität, aber auch viele unabhängige Interessierte aus Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen die Gelegenheit nutzten, auf Defizite in der Umsetzung linker Positionen in der Vergangenheit hinzuweisen, folgte eine Planungsphase für Gegenwart und Zukunft.

Ein kapitaler Bock

wird soeben erlegt. Einem Bauamtsleiter früherer Zeit verdanken wir eine Fehlplanung. So gab der Volksmund dem Ergebnis dieser Fehlplanung den Namen jenes Mannes. Es war aber nicht seine Schuld allein, daß die Fußgängerbrücke, die in Höhe des Wasserturms über die Bahn führt, nichts taugt. Seinerzeit herrschte die SPD noch alleine in unserer Kommune. Jetzt muß die Brücke aus Altersgründen erneuert werden, aber sie wird nicht besser. 300 000 Euro für ein Bauwerk, das seinen Nutzern ziemliche Mühe bereitet. Wer noch Treppen steigen kann, schafft's. Opas mit Kinderwagen (auch wenn sie ihr Lebtage die SPD gewählt haben) sehen das grüne Ufer auf der anderen Seite mit unstillbarer Sehnsucht. Über diese Brücke können sie es ohne fremde Hilfe nicht erreichen. Anstatt nun bei der teuren Sanierung gleich die Treppen durch lange Rampen zu ersetzen, die auch Rollstuhl- und Fahrrad-Fahrenden diesen Teil des Feldes erschließen, lassen die VertreterInnen des geduldigen Volkes das Relikt eines historischen Irrtums, wie es ist. Man kann ihnen noch nicht mal den Vorwurf machen, sie verstünden nichts von der Sache. Sie haben sich die Örtlichkeit vor der Entscheidung nicht mehr betrachtet, oder sie gar noch nie in ihrem Leben gesehen, denn die erdrückende Mehrheit der ParlamentarierInnen wohnt in Walldorf oder benutzt aus ökologischen Gründen das Automobil. So stimmen sie ahnungslos bzw. auch aus Parteiloyalität im Sinne des Magistrats. Hat der sein Bauamt so im Griff, daß es nicht wagt, Fachkompetenz gegen Politik zu setzen, oder ist es umgekehrt? Auf einer langen Rampe neben der Bahn, auf der Ostseite, sei der Luftdruck, den z. B. ein ICE erzeuge, so groß, daß die Bahn dieser Rampe niemals zustimme, meinte das beflissene Bauamt. Was soll man dazu sagen? Die Treppe ist genauso weit von den Geleisen entfernt, wie es eine Rampe wäre. Bisher hat es noch kein Kind von den Stufen geweht. Überdies ließe sich ein Windschutz anbringen, wenn man denn wirklich wollte. So bleibt also (für 300 000 Euro) alles,

wie's ist. Dem Volksmund sei aber empfohlen, den armen Bauamtsleiter von einst künftig nicht mehr zu verspotten. „Schmidt-Brücke“ z.B. wäre treffender.

Erich Schaffner
(für die DKP/LL im Bauausschuss)

Heinz Hechler, langjähriger DKP-Stadtverordnete und Magistrat erinnert sich:

„Das Parlament besichtigte damals vor dem Bauder Brücke etliche Bauwerke in der Umgebung und bekam nur Brücken mit einwandfreien Rampen, die auch von Radfahrern und Kinderwagenschiebenden gut zu überqueren waren, zu sehen. An genaue Pläne unserer Brücke kann ich mich nicht erinnern. Die damalige Herstellerfirma hatte im übrigen Null Ahnung von solchen Bauwerken. Das beweist die später auf Protest hin wieder demontierte Führungsleiste für die Fahrräder, die so nah an dem Geländer war, dass die Pedale im Geländer hängen blieben. Hatte das Bauamt sich keine Referenzlisten zeigen lassen?“

Große Aufregung gab es in der April-Sitzung des Stadtparlaments. Rudolf Dötsch hatte das Nein der DKP/LL-Fraktion zum Baugebiet „Am Walldorfer Weg“ begründet. Das führte zu einem Tumult. Der Bürgermeister und die Fraktionen von SPD bis CDU, die dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan und der Baulandumlegung zustimmten, verwahrten sich gegen den „Vorwurf der Käuflichkeit und Bestechlichkeit“, den sie gehört haben wollten. Dazu Alfred J. Arndt:

Schönes Schauspiel

„Der heert nur, was er heern will“ ist ein Standard-Stoßseufzer vieler Eltern. Aber auch bei den Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf ist - vielleicht als Nebenwirkung der Flughafenerweiterung - selektives Gehör weit verbreitet.

Was hat der Stadtverordnete Rudolf Dötsch am Rednerpult wirklich ge-

sagt? Ich habe mir den Satz vorsichtshalber notiert: „Ein einzelner Grundstücksbesitzer hat schon vor Jahren versucht, auch mit gezielten Zuwendungen die Entscheidung oder doch zumindest das Wohlwollen der Fraktionen zu beeinflussen.“ Nicht mehr, nicht weniger.

Was haben die anderen gehört? Bürgermeister Heinz-Peter Becker wies „empört“ den Vorwurf zurück, dass die „Verwaltung käuflich“ sei. Das hat niemand behauptet, und Herr Becker sollte auf die Wiederholung dieser unwahren Feststellung verzichten.

Eine Zeitung schrieb: „Dötsch ...warf dem Magistrat vor, dass Grundstückseigentümer Horst Friebe die Entscheidung für eine Bebauung des Gebietes erkaufte.“

Rudolf Dötsch hat weder einen Vorwurf gegen den Magistrat erhoben, noch den Namen „Friebe“ erwähnt. Was er wirklich gesagt hat - siehe oben.

Erst der Folgeredner Gerd Schulmeyer nannte den Namen des bekannten Bauherrn, nachdem durch die aufgeregten Erwidern anderer Redner offenbar geworden war, wer wohl (unter anderem) gemeint war.

Die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, FDP und Grünen entfachten einen fürchterlichen Tumult, wobei sie ebenfalls gegen „Behauptungen“ wetteten, die gar nicht erhoben worden waren. Von „Geld“ war in Dötschs Beitrag nicht die Rede, ebenso wenig von „Bestechung“, sondern lediglich von „Zuwendungen“. Wer die deutsche lokalpolitische Landschaft kennt weiß, dass Geld meistens gar nicht nötig ist, um Entscheidungen zu beeinflussen. Beiden meinten - das wusste schon Kurt Tucholsky - genügt ein Schulterklopfen.

Im Grunde gab die Stadtverordnetenversammlung ein großartiges Laienschauspiel zum Besten. Titel: „Der getroffene Hund bellt“.

Dabei wissen doch alle, was schon die unvergleichliche Biermösl-Blos aus dem benachbarten Bundesland Bayern reimte:

„Ob a Bauer bei uns zum G'meinderod g'hert, sieht mer a dera Wias'n, die wo Bauplatz werd“. Aber selbstverständlich trifft derlei Folklore für Hessen nie und nimmer zu...

Richtfest für die Behindertenwerkstatt

Viele Menschen aus Stadt und Kreis waren zum Richtfest der Behindertenwerkstatt in die Opelstraße gekommen. Auch viele Menschen mit Behinderungen waren da, die sich schon auf ihre neuen Arbeitsplätze freuen.

Zur Unterstützung der Spendenaktion zugunsten der Behindertenwerkstatt „Gemeinsam für Arbeit und Integration“, die aus Anlaß des Richtfestes eine Zwischenbilanz zog, hat auch die DKP/Linke Liste 120,- Euro überwiesen. In einem Schreiben an die Initiatoren heißt es u.a.:

„... wir freuen uns, dass der Bau der neuen Werkstatt in unserer Stadt Fort-

schritte macht und wir wünschen uns mit Ihnen optimale Bedingungen für alle dort Beschäftigten. Dass Einrichtungen wie die WfB für eine angemessene Ausstattung „betteln gehen“ müssen, ist ein Armutszeugnis für unser Land und seine politische Verfassung, über das an anderer Stelle noch zu reden ist.

Ihrer Spendenkampagne wünschen wir selbstverständlich vollen Erfolg.“

Den größten Beifall bekam zu Recht Heinz Jörg Huhn, der für den „Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher“ einen Scheck über 52.000,- Euro übergab, die der Verein über Jahrzehnte zusammengetragen hat und es für die bestmögliche Ausstattung der neuen Einrichtung gut angelegt sieht.

Seltsame Logik

Eines unserer Argumente zur Ablehnung des Baugebietes „Am Walldorfer Weg“ in der Nähe des Mörfelder Bahnhofs war die zukünftige Bevölkerungsabnahme in Deutschland. Die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft „Demographische Entwicklung“ hat Unterlagen, die eine leichte Zunahme noch in den nächsten 5-8 Jahren prognostizieren. Doch dann schrumpft auch in unserem Ballungsraum die Einwohnerzahl.

Dass das neue Baugebiet dennoch notwendig wäre, wollte mir die CDU-Abgeordnete Dörr erklären.

Mögen auch andere Kreiskommunen wie Raunheim, Kelsterbach, Biebesheim mit Neubaugebieten und dem Anlocken von jungen Familien den Schrumpfungsprozess aufhalten wollen, ziehen vielleicht Menschen aus Nordhessen oder den neuen Bundesländern an, doch den Trend werden sie nicht aufhalten.

Solange eine Politik verfolgt wird, wo Kinder als Armutsrisiko gelten, solange wird es keine Zunahme der Geburten geben. Betreuung der Kinder, Bildung, Berufsausbildung, Universitäten . . . überall Unsicherheiten und

Belastungen. Diese verstärken sich noch durch Löhne, die mit den Steigerungen der Lebenshaltungskosten nicht Schritt halten. R. Dötsch

Bauchgrimmen . . .

... hatten die Grünen laut ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Lehner bei der Zustimmung zum neuen Baugebiet. Nach dem Regionalplan, der vom Landtag mehrheitlich beschlossen, aber wegen anhängiger Klagen – auch der Umlandkommunen – noch nicht rechtskräftig ist, fällt das anvisierte Baugebiet in eine Lärmzone, die eine Bebauung nicht zulässt. Daher die Eile: Bevor das Gericht die Klagen abweist, der Regionalplan rechtskräftig wird, muss der Bebauungsplan rechtskräftig sein.

Lärm kann krank machen. Menschen bewusst in einem solch belasteten Gebiet anzusiedeln bedeutet m. E. Körperverletzung. Ablehnung der Bebauung wäre konsequent, nicht nur Bauchgrimmen. Welche Bauschmerzen müssen sie noch aus Koalitionsrason aushalten? R. D.

Das Ding mit dem Marketing

Seit einigen Jahren hat die Stadt einen Marketingbeauftragten. Er soll, sagen wir mal, die Stadt „vermarkten“.

Der erste ging noch in der Probezeit, dann war ein gutes Jahr eine Frau im Amt, jetzt geht der Beauftragte Nr. 3. Man hat die Stelle erneut ausgeschrieben. Zu den Aufgaben gehört: „eine zielorientierte, effiziente und zweckmäßige Arbeit mit verschiedenen Akteuren aus Wirtschaft, Gewerbe, Handel und sonstigen Organisationen, sowie die Vorbereitung und Moderation der Unternehmensrunde und des Beirats für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing als integraler Bestandteil der Stadtentwicklung und Stadtplanung.“ Alles klar?

Der oder die Neue soll sich vor allem auch darum kümmern, dass keine Geschäfte mehr leerstehen und sich das heimische Gewerbe ordentlich entwickelt.

Die Fakten: Es gibt immer mehr leerstehende Läden, in einigen Stadtteilen ist die Grundversorgung für ältere Menschen und Nichtautofahrer problematisch geworden. Großmärkte, auch der neu geplante in Walldorf, fressen Kaufkraft. In Weiterstadt, Egelsbach, Bischofsheim sitzen die Großen, der neue „Superladen“ Airport-City wird bald öffnen und Käufer anziehen.

Wir erleben zudem ein zunehmendes Gegeneinander - jede Stadt hat einen eigenen Marketingbeauftragten.

Das ist die Lage. Jeder gegen jeden - Kapitalismus eben.

Sicher wird die Stadt einen neuen „Marketingbeauftragten“ finden - viel ausrichten kann er jedenfalls nicht. Da kann man auch auf die Neubesetzung verzichten. rh



Geschönte Zahlen

Im Mai waren in der BRD offiziell 3,28 Millionen Menschen ohne Job. Das sei der niedrigste Stand seit 15 Jahren, verkündete der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise. Damit liegt die amtliche Erwerbslosenquote bei 7,8%, im April hatte die Behörde noch 8,1% errechnet. Im Vergleich mit dem Mai 2007 zählten die Statistiker sogar 529000 Erwerbslose weniger. Politiker der Koalition jubelten, Kritiker wiesen darauf hin, daß die Statistik erheblich geschönt sei.

„Die offiziellen Arbeitslosenzahlen für Mai stimmen hinten und vorne nicht“, beanstandete Kornelia Möller, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. „Selbst nach vorsichtigsten Schätzungen fehlen 1,5 Millionen erwerbslose Menschen in der Statistik der Bundesagentur.“ Auch gehe es nicht allein um die Zahl der Beschäftigten, so die Politikerin. Wichtig ist vielmehr, daß Erwerbsarbeit qualitativ hochwertig ist. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sieht „Schönrechnerei und politische Einflußnahme bei der Erstellung der Arbeitslosenstatistik“.



Baumbesetzung im Kelsterbacher Wald

Im Kelsterbacher Wald wurden von Umwelt-AktivistInnen einige Bäume besetzt. Während die von der beabsichtigten Flughafenerweiterung betroffene Bevölkerung auf den Ausgang der Klagen gegen den ergangenen Planfeststellungsbeschluss wartet, betreibt der Flughafenkonzern Fraport im Hintergrund seit Wochen die Enteignung des Kelsterbacher Waldes. In der Aktion der Umweltschützer sehen wir ein deutliches Signal gegen den drohenden Verlust dieses Naherholungsgebietes. Wir erklären uns mit ihnen solidarisch. Wer gegen den weiteren Ausbau des Flughafens ist sollte die Demonstranten in den Bäumen unterstützen.

Bei den mehr als 250 ha Wald, die gerodet werden sollen, handelt es sich vorwiegend um Bannwald, einem Wald der höchstmöglichen Schutzstufe. Er ist als FFH-Gebiet klassifiziert mit streng geschützten Pflanzen und Tieren. Er ist als natürlicher Filter gegen Lärm und Schadstoffe unverzichtbar.

Dialogforum am Ende

Als ob es keine Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Frankfurter Flughafens gäbe - wahrscheinlich kennen die Ausbaubefürworter das Urteil schon - schwört das Regionale Dialogforum (RDF) mit Professor Wörner an der Spitze die Umlandkommunen weiter auf den Ausbau ein. Zu zwei Veranstaltungen im Bürgerhaus Mörfelden waren vor allem die Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden aus den Gemeindevertretungen der Region eingeladen, die offensichtlich von der Unausweichlichkeit der ständigen Flughafenerweiterung überzeugt werden sollten.

„Hochkarätige Podien“ zum Thema „Mehr Lärmschutz für die Region - zwischen Verantwortung und Machbarkeit“ sollten aus „fachlicher und landespolitischer Sicht“ vor allem eins:

Den anwesenden Funktions- und Mandatsträgern klarmachen: Der Ausbau kommt und wird weitergehen; was an Lärmschutz kommt, ist völlig unklar. Insbesondere Dr. Schulte von der Fraport AG sprach sich klar dafür aus, sich endlich vom Mediationsergebnis - vor allem dem Gedanken an ein Nachtflugverbot - freizumachen.

Die Ausbaubefürworter, die in den Podien die Mehrheit hatten, ernteten allerdings überwiegend Widerspruch aus dem „geladenen“ Publikum, das seinem Unmut durchaus qualifiziert Luft machte.

Anwesende Vertreter von Bürgerinitiativen sprachen ebenso gegen die Ausbaupläne und die völlig unzureichenden Lärmschutzmaßnahmen, wie einige SPD-Bürgermeister aus dem Kreis, die u.a. deutlich machten, dass sie sich von der Fraport AG nicht ernst genommen fühlen. Gerd Schul-

meyer wies für die DKP/LL-Fraktion die erkennbare Absicht, die Bürgermeister und Parlamentarier als „Multiplikatoren“ für den Ausbau ohne Nachtflugverbot und spürbaren Lärmschutz einzuspannen, als Zumutung zurück.

Klar wurde aber auch: Von „oben“, (Landtagsmehrheit, geschäftsführende Landesregierung, Fraport AG usw.) haben die vom Lärm betroffenen Bürgerinnen und Bürger der Region nichts zu erwarten. In welcher Form auch immer der „Dialog“ fortgesetzt wird, wenn das RDF seine Arbeit Mitte Juni beendet, die Aufgabe - gestellt von der Landesregierung - wird weiter sein, als „Beruhigungsmittel für die Region“ zu wirken. Man darf gespannt sein, wer die Nachfolge des Herrn Wörner antritt. Ehrlich wäre ein Vertreter der Fraport AG. Das könnte zur Klärung der Fronten beitragen. GS

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



Wir schreiben schon oft darüber: In den Bundesministerien arbeiten Mitarbeiter/innen, die auf den Gehaltslisten deutscher Großkonzerne wie Fraport, BASF, Deutsche Bank, Lufthansa und Daimler stehen. Sie stricken an Gesetzen mit, die ihren Unternehmensinteressen in die Quere kommen könnten – sei es bei Lärmschutz-Auflagen, Chemikalien-Richtlinien oder bei der Regulierung von Finanzspekulationen.

Der Bundesrechnungshof legte jetzt einen kritischen Bericht vor. Zudem forderte der Haushaltsausschuss des Bundestages klare Grenzen für die sogenannten externen Mitarbeiter/innen. Doch die Regierung will die Lobbyisten nicht aus ihren Ministerien verbannen, sondern lediglich durch eine Richtlinie die übelsten Auswüchse abmildern. Der Bundestag muss nun handeln. Fordern Sie die Abgeordneten in Ihrem Wahlkreis auf, die Regierung unter Druck zu setzen. Diese muss die Beschäftigung von Lobbyisten in Ministerien ganz verbieten!

Unternehmen schreiben sich ihre Gesetze selbst

Die Lobbyisten sind bis an die Herzstücke der Ministerien vorgedrungen: Über 60 Prozent der externen Mitarbeiter/innen vertraten die Bundesregierung bei Veranstaltungen und Verhandlungen. Ebenso viele erstellten Leitungsvorlagen für hohe Beamte. Jeder vierte war an Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge beteiligt. Und über 20 Prozent der Lobbyisten haben an Gesetzen und Verordnungen mitgeschrieben. Zudem sind sie in viele interne Vorgänge eingebunden. Sie erhalten Insider-Informationen und nützliche Kontakte, die ihren Unternehmen und Verbänden auch später einen direkten Draht in die Schaltstellen der Politik sichern.

Das Grundgesetz schreibt vor, dass Staatsdiener in einem besonderen Treueverhältnis zu ihrem Dienstherrn, dem Staat, stehen sollen. Sie müssen dem Wohl aller Bürger/innen dienen, und nicht den Interessen weniger. Doch dieser demokratische Grundsatz ist in Gefahr, wenn Lobbyisten Einzug in die Ministerien halten. „Wes Brot ich ess', des Lied ich sing“, sagt der Volksmund. Dies galt hier allzu oft:

So wurden eine Lärmschutzrichtlinie und ein geplantes Nachtflugverbot laut Monitor-Bericht verwässert, nachdem der Betreiber des Frankfurter Flughafens, die Fraport AG, einen Mitarbeiter ins Verkehrsministerium entsandt hatte.

Die direkte Einflussnahme auf Regierungsprozesse ist nicht das einzige Problem. Durch den Einblick in interne Abläufe, Kenntnisse vertraulicher Akten und das Knüpfen persönlicher Kontakte entstehen den entsendenden Unternehmen Vorteile, die weit über die konkrete Tätigkeit im Ministerium hinausreichen. Auch wenn ein Teil der "externen Mitarbeiter/innen" aus bundeseigenen oder bundesnahen Unternehmen stammt – die Liste der Privatunternehmen, die sich einen Schreibtisch im Ministerium gesichert haben, ist lang. Zudem ist der Zugang einseitig: Fast ausschließlich Großkonzerne sowie Wirtschaftsverbände und unternehmensnahe Stiftungen genießen das Privileg. Mitarbeiter/innen mittelständischer Unternehmen und Gewerkschaftsvertreter sind eine rare Ausnahme. Vertreter/innen sozialer, Umwelt- oder Verbraucherinteressen sucht man vergeblich. Ende April diesen Jahres veröffentlichte der Bundesrechnungshof einen Bericht über das schockierende Ausmaß der undemokratischen Praxis. Doch die Bundesregierung nimmt das Problem nicht ernst und behauptet, die Lobbyisten lieferten das nötige Fachwissen für die Ministerien. Dabei lässt sich dieser Sachverstand über Anhörungen oder Beteiligungsverfahren einholen, die einen gleichberechtigten und offenen Zugang für alle gesellschaftlichen Interessen ermöglichen – und nicht nur für Wirtschaftsunternehmen. Wir bleiben dabei: In den Ministerien haben Wirtschaftsvertreter nichts verloren.

**Herzlichen Dank
allen, die dem »blickpunkt«
helfen.
Jeder Euro hilft, die Zeitung
zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419,
BLZ 50852553**

Stadtgeschichten



Sommerzeit, die Zeit der Feste, auch der Vereinsjubiläen und der Umzüge. Schon vor Jahrzehnten präsentierten sich die Vereine an diesen Tagen der Öffentlichkeit. Auch befreundete Vereine aus Nachbargemeinden halfen bei der Gestaltung des Festprogramms und dies beruhte auf Gegenseitigkeit. Wie uns das über siebenzig Jahre alte Foto zeigt, war es auch so im Sommer des Jahres 1931. Damals feierte der Gesangverein in Sindlingen sein 50-jähriges Bestehen und die Mörfelder Männer des Gesangvereins „Einigkeit“ bildeten einen stattlichen Block beim Umzug durch die dortigen Ortsstraßen. Sicherlich waren sie auch beim sogenannten Freundschafts- oder Wertungssingen, ganz bestimmt aber bei einem „Schoppen“ im Festzelt zu sehen und zu hören. Angeführt wurde der jeweilige Verein im Festzug, wie auch heute noch üblich, von einem Schildträger, oft Sohn eines Sängers, der sich ein paar Pfennige damit verdiente. Auf dem Foto sind noch viele frühere Sänger des Gesangvereins „Einigkeit“, eines Vorläufers der Gesangsabteilung der SKVM Mörfelden zu erkennen. Von links: Aus dem Fenster schauend, der Wirt des Mörfelder Vereinslokals Ludwig Dickhaut (Bachdickhaut). Stehend: Jakob Schulmeyer, Fritz Schwappacher (Brenner Fritz), Knodt (Makler), Heinrich Kolb (Schildträger), Fahnenträger Arndt, unbek., Chorleiter Carl Diether, unbek., Philipp Schulmeyer, Jakob Fritz, Heinrich Kolb, u. a. Heinrich Schluckebier, Fritz Justus.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

6. Juni
Konzert:
**„The Fabulous Flying
Kerschgass Brothers“**
Beginn: 20 Uhr
Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 4,-



KuBa

15. Juni
Vernissage
Fotoausstellung Himalaja
Beginn: 16 Uhr

19. Juni
Rettet das Vinyl
Schallplattenabend
Beginn: 20 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Isch wesch
misch
dääschlich
rischdisch.